

Zum Verhältnis von Wirtschaft und Kultur

Von Kultur im Zusammenhang mit der Ordnung der Wirtschaft zu sprechen, heißt über die Ganzheitlichkeit menschlicher Gesellschaft zu sprechen. In diesem umfassenden Sinn definiert die Kultur die Identität einer konkreten menschlichen Gesellschaft, einer Ethnie, eines Volkes, einer Nation, einer Region oder eines Kontinents. ■ ■ ■



KURT BIEDENKOPF HIELT 2007 DIESEN VORTRAG, DER NOCH HEUTE AKTUELL IST.

■ ■ ■ Sie unterscheidet diese damit von anderen menschlichen Gesellschaften und deren Kulturen als Ausdruck anderer Ganzheitlichkeiten. Aufgehoben in dieser Ganzheitlichkeit sind die Geschichte, die Wertvorstellungen, die bleibenden Erfahrungen mit der eigenen Identität und denen anderer ebenso wie die auf die Gegenwart und die Zukunft bezogenen Ziele, Erwartungen und Vorstellungen des Gemeinwesens.

Als Ausdruck seiner Ganzheitlichkeit und seiner Identität durchdringt die Kultur des Gemeinwesens alle wesentlichen Bereiche seiner Existenz und seines Lebens: seine staatlichen und politischen, seine wirtschaftlichen und sozialen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, seine Bildungseinrichtungen, seine Kunst, sein sportliches Leben und den durch die Religion definierten Raum – dieser mit seinem in ähnlicher Weise umfassend gedeuteten normativen Anspruch. Diese Durchdringung der Ganzheitlichkeit menschlicher Gesellschaft durch die Kultur ist jedoch nicht einseitig. Sie ist vielmehr Ausdruck eines dauernden, sich ständig verändernden Wechselverhältnisses mit der Gesellschaft und ihren Teilbereichen. Diese beeinflussen und prägen damit ihrerseits die Substanz dessen, was wir im umfassenden Sinn als Kultur erkennen.

In diesem Prozess wechselseitiger Beeinflussung gestalten und verändern sich auch die Verhältnisse und Beziehungen der gesellschaftspolitischen Teilbereiche untereinander. Die Wirtschaft wirkt auf soziale und bildungspolitische Bereiche ein und umgekehrt. Zivilgesellschaftliche Strukturen werden durch staatliche und korporatistische beeinflusst, wirken aber zugleich auch auf die Grenzen wirksamen staatlichen Handelns ein. Prioritäten unter den Teilbereichen bilden und verändern sich ebenso wie die politische und gesellschaftliche Bedeutung, die den einzelnen Bereichen gesellschaftlichen Lebens jeweils zuerkannt wird.

Gesellschaft im Gleichgewicht

Für die nachhaltige Stabilität des Gemeinwesens ist es von großer Bedeutung, dass sich dieser höchst komplexe Prozess kultureller Durchdringung und gegenseitiger Beeinflussung und Bedeutungsveränderung innerhalb der Ganzheitlichkeit der Gesellschaft im Prozess eines dynamischen Gleichgewichts vollzieht. Darunter verstehe ich die Fähigkeit, entstandene Ungleichgewichte unter den Teilbereichen gesellschaftlichen Handelns im Zuge ihrer Entwicklung zu korrigieren und eine dauerhafte Dominanz einzelner Teilbereiche zu verhindern. Nur wenn die Entwicklung seiner Ganzheitlichkeit – und damit

seiner Kultur – durch ein in diesem Sinne dynamisches Gleichgewicht unter den Teilbereichen gewährleistet ist, kann es dem Gemeinwesen gelingen, die in ihm angelegten Potenziale zur vollen Entfaltung zu bringen.

Die dauerhafte Dominanz eines Teilbereichs – sei es die Wirtschaft, die sozialen Systeme, die Wissenschaft oder die Religion – reduziert dagegen die Ganzheitlichkeit des Gemeinwesens zunehmend auf die Eigengesetzlichkeiten des dominierenden Bereichs. Sie beeinträchtigt und lähmt die schöpferische Wechselwirkung zwischen den Teilbereichen. Diese versuchen deshalb, sich durch Spezialisierung und institutionelle Verselbstständigung aus dem Gesamtzusammenhang zu lösen, um so einer Dominanz zu entgehen. Bereits dadurch verringert sich das kulturelle Potenzial des Gemeinwesens. Gelingt die Verselbstständigung nicht, setzt eine neue Art von Wechselwirkung ein: die einer positiven Resonanz. In dem Maße, in dem die Dominanz eines Teilbereichs die Wirksamkeit der anderen zurückdrängt, schwindet auch deren Fähigkeit, den zunehmend dominierenden Bereich zu begrenzen und so zur Wiederherstellung eines dynamischen Gleichgewichts beizutragen. Die Dominanz des Teilbereichs wird vielmehr als Folge einer positiven Resonanz ständig weiter verstärkt.

Am Ende eines derartigen Prozesses definiert der dominierende Teilbereich im Wesentlichen die kulturelle Substanz der Ganzheitlichkeit des Gemeinwesens. Die zurückgedrängten Teilbereiche verlieren ihre definitorische kulturelle Kraft. Aus der Sicht gesellschaftlicher – und damit kultureller – Ganzheitlichkeit werden sie zunehmend als Teilbereiche wahrgenommen, die dem dominierenden Bereich zugeordnet sind. Im Verhältnis zum dominierenden Teilbereich wird ihnen eine abhängige Rolle zugewiesen. Deren Inhalt wird im Kern vom herrschenden Teilbereich definiert.

Damit verliert das Gemeinwesen die Fähigkeit, den dominierenden Teilbereich zu begrenzen, die Dominanz zu überwinden und zu einem dynamischen Gleichgewicht der Teilbereiche zurück zu finden. Es wird Opfer einer Begrenzungskrise. Diese wiederum gefährdet seine dauerhafte Stabilität, seinen inneren Zusammenhalt und damit letztendlich auch die materielle Legitimation seiner staatlichen und demokratischen Verfasstheit. Aus der Geschichte wissen wir, dass derartige Begrenzungskrisen entweder zu Diktaturen oder zum staatlichen Verfall (failing states) führen.

Bedrohung der Kultur durch Vorherrschaft des Ökonomischen

Es ist heute wohl weitgehend anerkannt, dass sich in den letzten Jahrzehnten eine Vorherrschaft des Ökonomischen in der westlichen Welt und darüber hinaus entwickelt hat. Sie erscheint mir geeignet, die Kultur als Ausdruck der Ganzheitlichkeit menschlicher Gesellschaft und ihrer staatlichen Verfasstheit zu bedrohen. In zunehmenden Maße können wir Phänomene beobachten und Entwicklungen diagnostizieren, die darauf hinweisen, dass wir uns in einer kulturellen Begrenzungskrise befinden. Diese Entwicklung in den Blick zu nehmen, die dargelegten Zusammenhänge zu erörtern und nach Wegen zu suchen, auf denen die Rückkehr zu einem dynamischen Gleichgewicht innerhalb der gesellschaftlichen Ganzheitlichkeit möglich erscheint, ist der Auftrag, den wir uns mit der Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Kultur stellen.

Bei den Tendenzen, welche als Folge der Vorherrschaft des Ökonomischen zu kulturel-

len Begrenzungskrisen führen, haben wir es mit Entwicklungen von historischer Bedeutung zu tun. Dies unter anderem aus folgenden Gründen:

1. Die Dominanz des Ökonomischen – als wirtschaftliche wie kulturelle Kategorie – ist nicht auf eine Nation begrenzt. Sie ist – unbeschadet nationaler Besonderheiten – kennzeichnend für den ganzheitlichen kulturellen Zustand aller Mitglieder der westlichen Staatengemeinschaft. Das bedeutet, dass wir von den Wechselbeziehungen unter den Staaten keine begrenzenden Wirkungen erwarten können. Im Gegenteil: Die inhaltliche, strukturelle und technische Angleichung der Märkte, der ökonomischen Zielsetzungen und der Erwartungen der Bevölkerungen sind geeignet, die Dominanz des Ökonomischen weiter zu verstärken.

2. Unterstützt wird die Vorherrschaft des Ökonomischen durch die Überzeugung, anhaltendes und angemessenes Wirtschaftswachstum, ausgedrückt durch den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, sei nicht nur Ausdruck wirtschaftlichen und politischen Fortschritts, sondern eine unverzichtbare Grundlage der inneren Stabilität westlicher Demokratien und damit ihrer Regierbarkeit. Diese Überzeugung bestimmt seit den 70er Jahren das wirtschaftspolitische Denken des Westens. Seit dieser Zeit findet sie sich in allen westlichen nationalen (Jahreswirtschaftsberichte), europäischen (Lissabon Agenda) und internationalen (G-7/8) Zielsetzungen. Sie verstärkt die Dominanz des Ökonomischen und erhebt sie in den Stand einer existenziellen Voraussetzung der modernen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gewissermaßen eines Wertes an sich.

3. Auf die Wechselwirkungen zwischen dem ökonomischen und anderen Teilbereichen des Gemeinwesens bleibt diese Überzeugung nicht ohne Einfluss. Sie verstärkt deren dienende Funktion – bis hin zur Vorstellung, die Kultur „diene“ der Wirtschaft und leite daraus ihre Nützlichkeit ab.

Diese tendenzielle Indienstnahme der Kultur ist die wesentliche Ursache der Begrenzungskrise. Ihre weitreichende Bedeutung liegt in der Gefahr, die kulturelle Substanz der weiteren Teilbereiche wie Bil-

dung, Wissenschaft, Kunst, der soziale Ordnung, aber auch des Rechts (hier durch positivistische Rechtsanwendung) den ökonomischen Zielsetzungen dienstbar zu machen und damit zu unterwerfen.

Auf diese Weise wird nicht nur die Eigenständigkeit dieser Bereiche gefährdet. Gefährdet wird auch die Wirksamkeit der Beiträge zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt, die sie zu leisten haben und die von ihnen erwartet werden. Der Zusammenhalt des Ganzen wiederum wird durch die Wirksamkeit der kulturellen Ganzheitlichkeit einer Gesellschaft begründet und gesichert. Die Ökonomie als beherrschende Dimension einer Gesellschaft kann dagegen den politischen und kulturellen Zusammenhalt eines demokratischen Gemeinwesens weder alleine noch als dominierende Kraft sichern.

Gefährdung durch ökonomische Zweckmäßigkeiten

Zu unserem Gegenstand gehört des Weiteren die Frage, welche Folgen die Dominanz des Ökonomischen für die Gestaltung einer globalen Ordnung der Wirtschaft haben könnte.

Auf nationaler wie auf der Ebene der Europäischen Union vollziehen sich die wirtschaftlichen Prozesse ungeachtet der dominierenden Rolle des Ökonomischen grundsätzlich im Rahmen und unter der Herrschaft des Rechts. Sie unterliegen jedenfalls in dieser Hinsicht wirksamen Begrenzungen. Zwar lassen sich auch hier Phänomene einer Erosion dieser Begrenzung durch sogenannte wirtschaftspolitische Zweckmäßigkeiten beobachten. Jedoch bleiben die Begrenzungsprobleme Gegenstand politischer Aus-



einandersetzung und Gestaltung. Damit ist jedenfalls eine grundsätzliche Wertbindung wirtschaftlichen Handelns gewährleistet – wenngleich eine Schwächung ihrer kulturellen Substanz auch ihre Wirksamkeit als begrenzende Kraft beeinträchtigen kann.

In den globalen Märkten fehlt es an einer vergleichbaren rechtlichen Begrenzung der Freiheit wirtschaftlichen Handelns. Dass es ihrer auch auf globaler Ebene bedarf, ist im Prinzip zunehmend unbestritten. Erste Versuche, solche Begrenzungen zu institutionalisieren (etwa im Rahmen der WTO, der Weltbank, des IMF oder der UNO), werden unternommen. Sie sind jedoch bisher nicht besonders wirksam. Ob es gelingt, sie zu einem allgemeingültigen Ordnungssystem auszubauen, ist angesichts der Dynamik des Ökonomischen im weithin offenen und unbegrenzten Raum der globalen Märkte und seiner vielfältigen Verbindungen mit nationalstaatlichen Interessen nicht sehr wahrscheinlich. Zwar bleibt den Staaten und Staatengruppen die Möglichkeit, die entstandenen Defizite durch eine extensive Anwendung der im nationalen und europäischen Recht vorhandenen rechtlichen Bindungen teilweise auszufüllen. Aber auch diesen Versuchen sind enge Grenzen gesetzt.

So bleibt die Aufgabe, nach Grundlagen zu suchen, aus denen sich die Kräfte entwickeln lassen, mit deren Hilfe Begrenzungskrisen als Folge dauerhafter gesellschaftlicher Ungleichgewichte überwunden, jedenfalls in ihren Wirkungen eingeschränkt werden können. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass sich die Dominanz des Ökonomischen unter dem Eindruck wachsender Ressourcenknappheit und intensiveren Wettbewerbs durch neu in die Märkte drängende Volkswirtschaften eher weiter verstärken wird. Selbst in den Nationalstaaten und der EU werden die Versuche zunehmen, rechtliche wie ganzheitliche, kulturell relevante Gesichtspunkte zugunsten ökonomischer Zweckmäßigkeiten zurück zu drängen. Ähnliches muss man für die bisherigen Versuche erwarten, globales Wirtschaften normativ zu begrenzen.

Belebung der geistigen und kulturellen Kräfte

Eine zum dauerhaften gesellschaftlichen Ungleichgewicht führende Dominanz von

Teilbereichen einer ganzheitlichen Gesellschaft oder einer Nation ist nicht auf die Fälle ökonomischer Dominanz beschränkt. In der islamischen Welt erleben wir derzeit den Versuch, die Religion zur dominierenden Kategorie zu erheben und die Ganzheitlichkeit der Gesellschaft und ihre Kultur durch sie zu definieren. Welche Bedeutung derartige Entwicklungen für die Sicherheit und Friedfertigkeit der Welt und ihrer Regionen haben könnte, ist ungewiss. Ebenso offen sind die Versuche, derartige Dominanzen durch die Ökonomisierung der Beziehungen zu religiös dominierten Staaten zu relativieren oder ihre Entstehung zu verhindern.

Mit diesen Fragen wird nicht in erster Linie die These Huntingtons vom Clash of Civilisations angesprochen. Denn unter Civilisation kann man sowohl die kulturelle Identität eines Gemeinwesens im dynamischen Gleichgewicht wie eines verstehen, das sich in einer Begrenzungskrise befindet. Uns interessiert vor allem die zweite Alternative: Was kann geschehen, wenn zwei Gesellschaften oder Nationen aufeinander stoßen, von denen sich beide in einer ihre kulturelle – und damit auch politische Identität – beeinträchtigenden Begrenzungskrise befinden – die eine verursacht durch eine Dominanz des Ökonomischen, die andere durch eine Dominanz des Religiösen?

Es ist nicht meine Absicht, all diese Fragen gewissermaßen auf einmal zur Diskussion zu stellen. Worum es mir zunächst geht, ist eine klärende Diskussion des Konzepts, seiner Annahme und der Erklärungsversuche, die ihm zugrunde liegen. Worauf es letztlich ankommt, ist der Versuch, die Dominanz des Ökonomischen zu überwinden und damit zu einem neuen Gleichgewicht unter den Teilbereichen der Ganzheitlichkeit unseres Landes und seiner Gesellschaft zu finden. Ohne seine Wiedergewinnung wird es uns nicht gelingen, unsere öffentlichen Haushalte und die Ansprüche an den Staat und das Gemeinwesen zu begrenzen, unsere Bildungseinrichtungen zu erneuern oder die rund 15 Millionen Bürger unseres Landes mit Migrationshintergrund in unser gemeinsames Gemeinwesen aufzunehmen. Der Satz,



der noch vor wenigen Jahren das politische Programm der CDU definierte: „Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts“ war damals ebenso falsch wie heute. So lässt sich der richtige Satz „der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ nicht in unsere Zeit übersetzen.

Worauf es ankommt ist, die Menschen auf eine Zeit vorzubereiten, in der nicht materieller Zuwachs, sondern der Zuwachs an Intelligenz, an intelligenterer Gestaltung unseres Zusammenlebens und besserer Organisation aller Bereiche unseres Gemeinwesens über ihren Wohlstand, ihre Sicherheit und ihre Zukunftsaussichten entscheiden. Wachsen und Vergehen werden unser Leben weit mehr bestimmen als in der Vergangenheit. Die nachwachsende Generation wird sich weit eher für eine Zukunft in Anspruch nehmen lassen, die sich weniger auf eine unwahrscheinliche Expansion des Materiellen und die ebenso unrealistische Erwartung eines weiteren exponentiellen Wachstums der Gesamtwirtschaft verlässt als auf die Belebung der geistigen und kulturellen Kräfte unseres Landes. Nur mit ihnen jedenfalls lassen sich die Freiheit sichern, Gerechtigkeit und soziale Solidarität verwirklichen und Frieden im Inneren und in der Gemeinschaft der Völker erreichen.

Die Wirtschaft wird dazu einen unverzichtbaren Beitrag leisten: durch Arbeit und Wertschöpfung. Aber sie bleibt für den inneren Zusammenhalt des Ganzen auf die Kultur des Ganzen angewiesen: eine Kultur, die uns verpflichtet und durch die Freiheit bereichert, sie zu gestalten. ■

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf